

Danziger Dampfboot.

№ 45.

Mittwoch, den 22. Februar.



1865.

36ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hefige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Metemeyer's Centr.-Ztg.- u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Illgen & Fort. G. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Bureau. In Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Wien, Dienstag 21. Februar.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Voranschlag für den Staatshaushaltsetat 1866 auf den Antrag Baron Tinti's dem Finanzausschusse für das Budget 1865 zur Berichterstattung, „wann und in welcher Weise die Behandlung des Voranschlags für 1866 vorzunehmen sei“ zugewiesen. Graf Brinck beantragte, von dem Finanzausschuss einen Bericht zu erfordern, ob und in wie weit mit Rücksicht auf die Erklärung des Finanzministers bei Vorlegung des Voranschlags für 1866 die Feststellung der Ziffernansätze für 1865 und 1866 ausnahmsweise in einer von dem bisherigen abweichenden Verfahren im Wege der Vereinbarung mit der Regierung vorzunehmen wäre. Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen. Die übrigen in der letzten Sitzung eingebrachten Finanzvorlagen wurden an die Ausschüsse verwiesen. — Nächste Sitzung wird kommenden Donnerstag stattfinden.

London, Montag, 20. Februar.

[Unterhaus.] Earl Grey kündigte in der heutigen Sitzung dem Hause an, daß die Regierung 50,000 Pfund Stl. zur Befestigung von Quebec fordere, Montreal und das westliche Gebiet würden die Canadier selbst sicher stellen. Lord Derby tadelt die Regierung wegen der Verzögerung der Sicherheitsmaßregeln gegenüber der feindseligen Gesinnung der Amerikaner. Walworth und Granville fanden diese Summen unzureichend, hofften aber, daß Canada sich selbst helfen werde.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

12. Sitzung. Montag am 20. Februar.

(Schluß.)

Nach kurzer Spezialdebatte wird der Commissions-Antrag angenommen. Ebenso wird folgende Resolution angenommen: „Die Königl. Staatsregierung aufzufordern, die Verordnung vom August 1669, die Verordnung der österreichisch-bayerischen Landes-Administrations-Commission vom 21. Januar 1815 und die k. k. Vergleichen Verordnungen vom 10. October 1554 und 8. Mai 1761 sobald als möglich auf dem Wege der Gesetzgebung ganz aufzuheben und, insofern notwendig, durch andere Bestimmungen zu ersetzen.“

Der Präsident erklärt hierauf, daß er beabsichtigt habe, in der nächsten Sitzung die Eisenbahnvorlagen auf die Tagesordnung zu setzen. Es sei jedoch nachstehender Antrag des Abg. Grafen Schwerin eingebracht: „Das Haus wolle beschließen, die Eisenbahn-Vorlagen von der Tagesordnung am nächsten Mittwoch abzuweisen und die Beratung der Vorlagen auf 14 Tage zu vertagen.“

Abg. Graf Schwerin: Der Antrag, den er gestellt habe, sei gewiß nicht aus irgend einem Partei-Interesse hervorgegangen, sondern er habe geglaubt, damit dem ganzen Hause einen Dienst zu erweisen, weil er meine, daß dasselbe darüber einverstanden sein könne, daß bei der großen Wichtigkeit der Vorlagen es im Interesse des Hauses liege, nur causa cognita über die Sache zu verhandeln. Man möge principiell gegen die Bewilligung von Anleihen sein, man möge der Ansicht sein, daß man die Ausgaben aus den Ueberschüssen des Budgets gewähren solle, es werde stets notwendig sein, zuvor von der Lage des Staatshaushalts eine eingehende Kenntniß zu erhalten. Diese Einsicht siehe durch den General-Bericht der Budget-Commission in Aussicht. Es komme noch hinzu, daß in Bezug auf die Eisenbahn eine Denkschrift eingebracht sei und daß nach den Mittheilungen öffentlicher Blätter auch eine Vorlage über die Marine in Aussicht stehe, die mit einer Anleihe verbunden sein werde. Auf diese Angelegenheiten müsse Rücksicht genommen werden bei der Beratung der Eisenbahn-Vorlagen. Er glaube, daß sehr wesentliche Vortheile mit der Vertagung verbunden seien, während sie keine Nach-

theile herbeiführe. Finde das Haus nach 14 Tagen, daß dann der Zeitpunkt gekommen sei, in die Beratung einzutreten, ohne Rücksicht auf das Budget, dann könne es den Beschluß fassen. Er sei von der Ansicht ausgegangen, daß es wichtig sei, vor der Beschlußfassung über die Eisenbahnen erst den General-Bericht der Budget-Commission zu kennen, damit nicht gesagt werde, das Haus habe Beschluß gefaßt, ohne sich vorher informiert zu haben.

Abg. v. Benda: Ein dringender Grund für die Vertagung liege nicht vor, wohl aber die Nothwendigkeit, dem Michaelis'schen Antrage ins Angesicht zu sehen. Redner könne nicht annehmen, daß in 14 Tagen die Situation sich anders gestalten werde als heute. Wenn Redner für eine Vertagung stimmen soll, so könne er es allenfalls in Erwartung des Generalberichts.

Abg. Wagener: Der Antrag des Grafen Schwerin sei nur eine Wiederholung desjenigen des Abg. v. Bockum-Dolffs, den das Haus abgelehnt habe. Man möge nicht darauf eingehen. Der Entscheidung, vor welcher der Antrag Michaelis's stehe, gebe man in keiner Weise aus dem Wege. (Heiterkeit.) Je eher man dem Antrage ins Angesicht sehe, um so eher werde man über die Situation klar werden und um so besser sei es für das Haus, für das Land und für die Regierung.

Der Antrag des Grafen Schwerin wird darauf mit großer Majorität angenommen.

Abg. Dr. Rosch: Ich möchte den Herrn Präsidenten, welcher die Polizei in diesem Hause auszuüben hat, doch ersuchen, sein Augenmerk auf die Ausübung der Sanitäts-polizei im Saale zu richten. Es herrscht während der Sitzung ein Zug über unsern Köpfen, welcher auf die Dauer ohne Nachtheil für unsere Gesundheit nicht auszuhalten ist.

Präsident Grabow: Meine Herren! ich kann dies nur beklagen. Gleich bei Antritt meines Amtes habe ich Schritte gethan, um Auskunft über den Stand des Neubaus unseres Hauses zu erhalten. Von Jahr zu Jahr habe ich gehofft, in dem Staatshaushaltsetat eine Summe für diesen Neubau ausgesetzt zu finden. Alles bisher vergebens. Ich kann nicht mehr thun, als alle Deffnungen in der Decke verschließen zu lassen. Wenn dann noch Zug entsteht, so kann ich Nichts dagegen thun, es liegt dies allein an dem schlechten Saale, den wir haben. Damit schließt die Sitzung. Nächste Mittwoch.

Berlin, 21. Februar.

— Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ sagt: Nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses und der Commissionen ist keine Aussicht vorhanden, daß die Majorität nach Mitteln suche, und im Wege der Verständigung mit der Regierung aus der von der Volksvertretung des Jahres 1862 bereiteten Situation herauszukommen. Der budgetlose Zustand wird daher wahrscheinlich einstweilen fortdauern. Die Regierung kann der Opposition gegenüber warten.

— Der Abg. Dr. Möller hat folgende Interpellation eingebracht: Das unter Redaktion des Landraths erscheinende Eylauer Kreisblatt enthält eine vom Landrath unterzeichnete Aufforderung an die Kreiseingesessenen, bei der Nachwahl eines Abgeordneten im Heiligenbeil-Pr. Eylauer Kreise den Rittergutsbesitzer v. Lettau-Tolts zu wählen. Ist die Staatsregierung mit diesem Verfahren einverstanden? Wo nicht, was gedenkt dieselbe angesichts dieser amtlichen Beeinflussung der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit zu thun?

— Der Unteroffizier Reiß vom 60. Regiment, der Tapferste der Tapferen, wie ihn Se. Majestät der König selbst genannt, geschmückt mit dem militärischen Ehrenzeichen 1. Klasse, dem Duppelkreuze, der allgemeinen Medaille, der großen goldenen Medaille vom Kaiser von Oesterreich, sowie dem goldenen Ehrenkreuze des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, ist vor einigen Tagen, als vorläufig geheilt aus dem Lazareth entlassen, von Schleswig zurückgekehrt. Das „Fr. Bl.“ theilt über denselben noch Folgendes mit: Dem tapferen Krieger hat, wie so viele Andere, das

traurige Geschick ereilt, aus einer sehr auskömmlichen Lebensstellung herausgerissen und auf den Kriegsschauplatz versetzt zu werden. Hier nun ist er mit ganzem Eifer seinen Pflichten als Soldat nachgekommen. Bei dem Sturm auf die Düppeler Schanzen war Reiß der Erste, welcher mit der Fahne in der Hand auf Schanze III. sich befand. Von den sich ihm entgegenbrängenden Dänen erschlug er mit dem Kolben seines Gewehrs ihrer acht, muthig pflanzte er die Fahne auf, einen feindlichen Offizier, der ihm dieselbe entreißen wollte, gleichfalls niederschlagend. Ein Schuß preussischer Seite, der in dem Gewühl des Kampfes absichtslos seinen linken Fuß traf, schreckte ihn vom weiteren Vordringen keineswegs ab, da traf eine tödtliche dänische Kugel eine bessere Stelle am demselben Fuß, und zwar das Schienbein, und hinderte den tapferen Streiter an der weiteren Theilnahme am Kampfe. Wir finden unseren braven Krieger erst im Lazareth wieder unter sorgfamer Pflege, und ausgezeichnet durch die Gnade Sr. Majestät des Königs, der in ihm den Tapfersten der Tapferen erkannte. Seine erst vier Wochen vor dem Ausbruche der Feindseligkeiten ihm angetraute junge Frau weilt mit liebender Sorge an dem Krankenbette des Schwerverwundeten, dessen Leben zu wiederholten Malen sich in Gefahr befindet. Man will dem Kranken den Fuß amputiren, doch hartnäckig widersezt er sich dieser Forderung, bis der Geh. Rath v. Langenbeck, von Sr. Majestät dem Könige selbst aufgefordert, die Erhaltung des Fußes unternimmt, die Kur glücklich ausführt und dem schwer Verletzten das Leben wiedergiebt. Wir haben den tapferen Krieger am Donnerstag Abend mit seinen Orden geschmückt im Circus, beachtet, geehrt und angestaunt von allen in seiner Nähe sich befindenden Anwesenden. Der linke Fuß ist allerdings durch Verlust mehrerer Knochen kürzer geworden, doch unterstützt ein kräftiger Stod seinen Gang und ist auch die Aussicht vorhanden, ihn wieder gekräftigt zu sehen. Wie wir hören, hat Se. k. H. der Prinz Friedrich Karl den Mann in seinen besonderen Schutz genommen und wird denselben in seine Dienste nehmen.

— Die Regierungen von Preußen und Oesterreich haben beschlossen, den Schiffen der Eibergogthümer bis zur definitiven Constituirung dieser Länder die Führung einer interimistischen Landesflagge zu gestatten. Diese Flagge wird die Farben blau, weiß, roth in horizontalen Streifen enthalten und sich von der ebenso zusammengelegten mecklenburgischen Flagge durch ein, in dem blauen Felde zunächst der Stange anzubringendes gelbes Feld unterscheiden. Die preussische wie österreichische Regierung hat deshalb bereits ihre bei den fremden Höfen accreditirten Vertreter dahin instruiert, die Anerkennung dieser interimistischen Flagge zu beantragen und derselben auch diejenigen Rechte auszuwirken, welche den schleswig-holstein-lauenburgischen Schiffen bis zu ihrer Trennung von Dänemark aus den von dieser Macht abgeschlossenen Handels- und Schiffsahrtsverträgen zustanden. — Dem Vernehmen nach steht der baldige Abschluß eines Handelsvertrages mit England zu erwarten. Der englische Generalconsul und Geschäftsträger in Hamburg, Herr Ward, hat sich zu diesem Behufe hierher begeben, um dem englischen Votschafter zu assistiren. Herr Ward war schon vor etwa zwei Jahren zu demselben Zweck in Berlin eingetroffen. Damals schwebte aber die Zollvereinseinkristis und Preußen konnte wenig bieten. Jetzt wird ein kurzer Vertrag die Bestimmungen des durch

den Handelstractat mit Frankreich hergestellten neuen Zollvereinistarif sowie des Schlußprotocolls einfach auf England anwenden und außerdem beiden Staaten gegenseitig die Vortheile der meistbegünstigten Nation zusichern. Das englische Ministerium wünschte dem Parlament eine solche neue Vorlage machen zu können. Denn der Vertrag war im Grunde überflüssig, da England sämmtlichen Staaten seinen herabgesetzten Tarif bewilligt hat und der allgemeine Tarif des Zollvereins auch England von selbst zu Gute kommt. Der jetzt abzuschließende Vertrag wird indessen voraussichtlich auf eine Reihe von Jahren Geltung erhalten und so wird er England gegen irgend eine Wendung der deutschen Handelspolitik schützen, so unwahrscheinlich diese auch sein mag. Denn es wird England gegenüber wohl eine weitere Herabsetzung, nicht aber eine Erhöhung des Tarifs eintreten können. Dies läßt den bezeichneten parlamentarischen Wunsch des englischen Ministeriums begreiflich erscheinen.

Heide, 18. Febr. Der 17. Febr. des Jahres 1500 war der denkwürdige Tag, an welchem unsere Vorfahren am „Dusendbüwelswarf“ unweit Hemmingstedt durch den glorreichsten Kampf gegen die Uebermacht des Eroberers die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes retteten. Die Geschichte unserer mittelalterlichen Republik hat kaum ein denkwürdigeres Ereigniß aufzuweisen, als den Freiheitskampf jener Heldenschaar, und auch die gegenwärtige Generation unseres Landes blickt noch mit Befriedigung und Freude an die ruhmvolle Waffenthat des Jahres 1500 zurück. Die frühere Verbindung der Herzogthümer mit Dänemark, dessen damaliger Herrscher zum Zweck der Eroberung sein mächtiges Heer an die Grenze Dithmarschens führte, um hier durch die schmachvolle Niederlage seine Anmaßung gebrochen zu sehen, wiederrieth es allerdings, der freudigen Erinnerung an den betreffenden Sieg durch öffentliche Festlichkeiten Ausdruck zu geben. Jetzt sind indeß die Verhältnisse anderer Art, und so durfte denn nichts die hiesigen Mitglieder des Kampfgenossen-Vereins abhalten, am gestrigen Tage unter Vorantritt eines Musilcorps nach dem nahen Hemmingstedt auszubringen, um dort in Verbindung mit den Wiedorfer und Hemmingstedter Kampfgenossen den Ruhmestag unserer alten Dithmarscher festlich zu begehen.

Kopenhagen, 14. Febr. Auch gestern und heute Morgen noch keine Post vom Süden, unsere Geduld soll ferner geprüft werden, es ist stark, daß ein Paar Grad Frost im Jahre 1865 sozusagen mitten in Europa eine solche Stockung des Verkehrs verursachen kann, welche uns fast um ein Jahrtausend in der Zeit zurückversetzt. Wir selbst befinden uns rüchrichtlich der Erfüllung unserer Correspondentenpflicht in der Verlegenheit, daß wir nicht wissen, ob unsere Briefe nicht auch auf Spröb so alt und grau werden, daß sie, wenn sie endlich in Hamburg ankommen, nicht mehr zu verwenden sind.

Trier, 17. Febr. Der canonisch erfolgten Wahl eines Bischofs und der Erklärung des Gewählten, daß er die Wahl anzunehmen bereit sei, folgte der Informativ-Prozeß, mit welchem ein Bischof vom heiligen Vater beauftragt wird. Ist dieser beendet, so wird der Gewählte in einem Konsistorium zum Bischof der betreffenden Diocese ernannt oder präconisirt; es gehen demselben sodann die päpstlichen Schreiben zu, und können alsdann erst die Einleitungen zur Consecration getroffen werden. An die letztere schließt sich dann die Inthronisation in der Domkirche des Bisthums, für welches er ernannt ist, an. Aus Rom wird uns nun zuverlässig mitgetheilt, daß noch vor dem h. Osterfeste ein Konsistorium gehalten wird, in welchem der hochwürdigste Clericus für Trier präconisirt werden dürfte, da der Informativ-Prozeß keine Weitläufigkeiten verlangt. Wir dürfen uns demnach der Hoffnung hingeben, unsern neuen Bischof Anfangs Juni in unserer Mitte zu sehen.

Paris, 18. Febr. In Betreff der kaiserlichen Eröffnungssitzung der diesjährigen legislativen Session verdient nachträglich noch bemerkt zu werden, daß namentlich diejenige Stelle der Thronrede mit Beifallsbezeugungen begrüßt wurde, in welcher der Kaiser die Aufrechthaltung der Staatsgesetze gegenüber dem Klerus für seine Pflicht erklärte. Von den geistlichen Senatoren fehlte begreiflich der wegen Mißbrauches seiner Amtsgewalt getadelte Cardinal-Erzbischof von Besançon, von den übrigen französischen Cardinälen waren nur die Erzbischöfe von Bordeaux, Rouen und Lyon anwesend. Der Erzbischof von Paris wohnte der Ceremonie als Groß-Almosenier im Gefolge des Kaisers bei. — Der Erzbischof von Paris hat auch in einem Hirtenbriefe sich über die päpstliche Ency-

clika ausgesprochen. Die „France“, welche aus diesem Altentstücke heute vorläufig einige Stellen aushebt, ist der Ansicht, daß die dermalige Streitfragen noch nie mit einer so hohen Einsicht, großen Unparteilichkeit und echt religiösen Tiefe erörtert worden seien.

London, 16. Febr. Die französische Thronrede ist heute der Hauptgegenstand der Leitartikel. Die „Times“ sagt u. A.: Es giebt kein im Lauf des Jahres erscheinendes öffentliches Document, welches so interessant und wichtig ist, wie die vom Kaiser der Franzosen bei Eröffnung seiner Legislatur gehaltene Ansprache. Die Thronrede unserer Königin hält auch keinen Augenblick den Vergleich mit ihr aus; denn die in ersterer enthaltenen Vorschläge sind nur das Programm eines Ministeriums, welches möglicher Weise nicht die Macht hat, sie auszuführen, während die Zuhörerschaft, an welche der Kaiser der Franzosen sich wendet, sehr wohl weiß, daß er das, was er will, auch durchsetzen, und was er ankündigt, vollbringen kann. Die höchste Gewalt in England ist so getheilt, daß es keine Person giebt, die das Land in ihrem Namen anreden könnte, während die französische Legislatur in der Stimme des Kaisers die Worte einer Macht hört, die in letzter Instanz über alle Interessen, auswärtige sowohl wie heimische, über alle Fragen, mögen sie nun die Verwaltung oder die Gesetzgebung betreffen, entscheidet. Dieses Jahr hat das Orakel in einem für die Interessen des Friedens in der ganzen Welt sehr günstigen Sinne gesprochen, und der Kaiser dehnt seine Gönnerschaft in mehr als gewöhnlichem Grade auf die Lehren der Handelsfreiheit und der bürgerlichen und socialen im Gegensatz zur politischen Freiheit aus. Während aber die Handelsfreiheit und die Freiheit der Association zu commerciellen Zwecken erweitert und die Schuldhaft abgeschafft wird, macht uns die Rede nicht die geringste Hoffnung darauf, daß die Beschränkungen des Versammlungsrechtes, so wie der Press- und Redefreiheit eine Milderung erfahren werden. „Das Gebäude“ bleibt eben so unvollendet, wie zuvor. Es ist den Franzosen gestattet, ihre persönlichen Angelegenheiten so ziemlich nach ihrem Belieben zu besorgen; über die Angelegenheiten jedoch, welche die Gesamtheit interessieren, dürfen sie keine Meinung ausdrücken, und wenn sie sich in der Zahl von zwanzig Personen zu ihrer Besprechung versammeln, so setzen sie sich strengen Strafen aus. Fürwahr, der Gegensatz ist zu schneidend. Der Kaiser gesteht zu viel oder zu wenig zu, zu wenig, wenn er weiter zu gehen gedenkt, und zu viel, wenn er da stehen bleiben will, wo er jetzt steht.

— Die „Morning Post“ bemerkt: Der Kaiser hat zugleich die Interessen Frankreichs und die Politik Europas meisterhaft dargelegt. Die irrthümliche Auffassung seines Charakters, die noch in manchen Kreisen herrscht, widerlegend, tritt er als Conservativer in der auswärtigen und als Reformers in der heimischen Politik auf. Er wünscht die Regierung so weit zu dezentralisiren, daß das Publikum an der Verwaltung seiner örtlichen Angelegenheiten theilnehmen könne. Dies sind keine leeren Versprechungen von einem Monarchen, der schon so viel für die solide Wohlfahrt und die auswärtige Größe seines Landes gethan hat. Er hat jetzt eine längere Zeit als sein Oheim auf dem französischen Throne gesessen und auch längere Zeit die republikanische und imperialistische Regierungsgewalt in Händen gehabt. Inzwischen hat er für die häusliche Wohlfahrt Frankreichs gethan, was sein Vorgänger im Kaiserreiche für seinen militairischen Ruhm gethan; und das Frankreich von heutzutage ist mächtiger, weil wohlhabender, als es jemals gewesen. Allen an der italienischen Sache Theilhabenden wird diese Rede neue Bernühtigung gewähren. Was man auch von dem vorjährigen Vorschlage eines allgemeinen europäischen Congresses halten möge, der jetzige Stand der Herzogthümer-Frage ist ein treffendes Beispiel zur Bemerkung des Kaisers, daß „das Schwert oft Fragen durchschneidet, ohne sie zu lösen“. Wahrscheinlich daß die Betonung des Nationalitätsprinzips dieses Mal besonders auf Nordschleswig gemünzt ist. „Daily News“ findet die Rede nicht nur sehr friedliebend, sondern auch freisinnig, obgleich aller Fortschritt von oben, nicht auf dem Wege der Selbstregierung kommen solle. Vielleicht sei dies nicht ganz des Kaisers Schuld. In der Handelspolitik wenigstens gebe es wenige Liberale in Frankreich, die nicht im Vergleiche mit dem Kaiser als Reactionäre betrachtet werden müßten. An einigen politischen Seitenblicken auf den „französischen Triumphbogen vor dem Janustempel und auf die Wähler die nicht lesen und schreiben können“, läßt es „Daily News“ nicht fehlen.

Nachrichten aus Posen und Polen.

In Warschau wurden am 17. d. M. um 10 Uhr Vormittags auf dem Glacis der Citadelle wieder zwei kriegsrechtliche Hinrichtungen durch den Strang vollzogen. Die Hingerichteten waren: der Bürger Emanuel Szafarczyk und der ehemalige Student der Petersburger Universität Alexander Woszkowski, beide aus Warschau. Den im „Nizniet Warszawski“ veröffentlichten Todesurtheilen zufolge war Szafarczyk überwiegen und geständig, zur Organisation der sogenannten Dolchmänner gehört und den denselben vorgeschriebenen Eid geleistet zu haben. Anfangs in der Eigenschaft als Offizier, später als Chef einer solchen Mörderbande, war er einer der Hauptstifter der zahlreichen politischen Mordelnde, welche während des Aufstandes in Warschau verübt wurden, und überwachte die Ausführung derselben. Zu diesem Zwecke berebete er Andere zum Eintritt in die Organisation der Dolchmänner, ernannte die Offiziere derselben, versorgte die Männer mit Dolchen und Revolvern und zahlte ihnen den bedungenen Lohn aus. Auf diese Weise stiftete er an und leitete die Attentate zur Ermordung des Grafen Siegmund Wielopolski, die nur durch Umstände, welche von dem Willen der Mörder unabhängig waren, verhindert wurde, ferner des Generalpolizeimeisters Trepoff, des Majors v. Rothkirch, der Beamten Dombrowski und Zulowski, des Polizeisergeanten Galinski, zweier jüdischer Lieferanten, welche Lieferungen für die russische Armee übernommen hatten, des Chefs der revolutionären Polizei Karlowicz, gegen den er persönlichen Haß führte und des Offiziers der Organisation der Dolchmänner Rafalowiez, der des Verrathes der Sache der Revolution verdächtig war. Außerdem hatte Szafarczyk die Anzündung einer der russischen Regierung gehörigen Niederlage von Pelzen im ehemaligen Zamojskischen Hause übernommen und war bei der Brandstiftung des Statthalterei-Palastes theilhaftig. — Woszkowski, 24 Jahre alt, war der Sohn eines Gubernialbeamten in Warschau und hatte seit dem Jahre 1862, wo er die Universität Petersburg heimlich verließ und nach Warschau zurückkehrte, für die revolutionäre Organisation gewirkt. Vom Führer einer Zehn-Männer-Section bis zum Stadthef von Warschau emporgestiegen, führte er in letzterer Eigenschaft nach einem wohl überlegten Plan die Entwendung der Summe von 3½ Millionen Sko. aus dem Staatschatz aus, von der er einen Theil der National-Regierung übergab, einen andern Theil ins Ausland sandte und für sich selbst 20,000 Sko. behielt. Nach Unterdrückung des Aufstandes hielt Woszkowski sich in Warschau verborgen und setzte die revolutionäre Agitation fort, bis er vor einigen Wochen verhaftet wurde. Von den in voriger Woche in Warschau verbreiteten Proclamationen der angeblichen National-Regierung sind auch in der Provinz zahlreiche Exemplare aufgefunden worden. Man vermuthet, daß diese Proclamationen von Paris aus verbreitet worden sind; doch haben dieselben bei der Bevölkerung nirgend Anklang gefunden, bei dem gebildeteren Theile sogar die größte Entrüstung hervorgerufen. (Ostsee-Z.)

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 22. Februar.

[Stadtverordneten-Sitzung am 21. Febr.]

Vorsitzender: Herr Kaufm. Richard Damme. Als Vertreter des Magistrats sind angemeldet und erschienen: Herr Oberbürgermeister Geh. Rath von Winter, Herr Reg.-Rath Pfeffer, Herr Stadt-Baurath Licht und Herr Stadtrath Hirsch. — Anwesend: 48 Mitglieder. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird, da sich kein Widerspruch erhebt, angenommen. Zu Mitredactoren des neuen Protokolls werden die Herren Breitenbach, Fischer und Gamm ernannt. Vor Beginn der Tagesordnung ergreift Herr Klose behufs der Einbringung eines Dringlichkeitsantrags das Wort. Derselbe geht dahin, daß die Gebäudesteuer nicht wie es gegenwärtig geschieht, monatlich, sondern von dem nächsten 1. April ab quartaliter eingezogen werden möge. Hr. Klose motivirt die Dringlichkeit seines Antrags, indem er hervorhebt, daß der April vor der Thür stehe und sonach die Zeit, welche für die Vorbereitungen zu dem neu einzuführenden Modus der Steuererhebung erforderlich, eine sehr kurze sei. Herr Oberbürgermeister v. Winter entgegnet, daß die von Herrn Klose in Anregung gebrachte Angelegenheit bereits von Seiten des Magistrats in Erwägung genommen sei. Es müsse jedoch dabei in Betracht gezogen werden, daß vielen Steuerzahlern die monatliche Erhebung erwünschter sei, als die

vierteljährliche. Der Magistrat sei deshalb der Meinung, daß die Angelegenheit dadurch eine befriedigende Erledigung finden würde, wenn man es in das Belieben eines jeden Steuerzahlenden stelle, monatlich oder vierteljährlich zu zahlen, je nachdem es ihm bequem sei. Herr Klose zieht hierauf seinen Antrag zurück. Darauf ergreift Hr. Rickert das Wort, um im Interesse der Gesellen-Krankenkasse an den Herrn Oberbürgermeister eine Frage zu richten. Von den Vorstehern dieser Kasse, sagt Hr. Rickert, sei ihm mitgeteilt worden, daß der Satz von 6½ Sgr. pro Tag, welcher früher für einen dem Lazareth übergebenen Gesellen zu zahlen gewesen, auf 12½ Sgr. erhöht worden sei. Dieser Satz sei ein so hoher, daß bei seinem Fortbestehen die Gesellen-Krankenkasse in kurzer Zeit bankrott werden müßte. Unterhandlungen, die bereits zwischen den Vorstehern der Kasse und dem Lazareth stattgehabt, hätten zu keinem Resultat geführt, und doch sei es aus dem angeführten Grunde unabwendbar notwendig, daß eine Ermäßigung des angegebenen hohen Satzes eintrete. Es sei die Frage, was der Magistrat in dieser Angelegenheit gethan oder was er zu thun gedenke. Der Herr Oberbürgermeister erkennt an, daß der Satz von 12½ Sgr. pro Tag ein zu hoher für die Gesellen-Krankenkasse ist. Derselbe sei leider durch die Wirren, in welche die Lazarethangelegenheit gerathen, herbeigeführt worden. Dem Verlangen der Gesellen-Krankenkassen um Ermäßigung entgegen zu kommen, liege unter den gegenwärtigen Verhältnissen außer der Macht des Magistrats. Indessen habe er nichts unterlassen, die Wirren, von denen auch der in Rede stehende zu hohe Satz eine Folge sei, aus dem Wege zu räumen; er habe sich an den Herrn Minister der geistlichen Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten gewandt und bei der Anwesenheit des Hrn. Geh. Rathes Esse hieselbst versucht, eine Regelung zu Stande zu bringen; doch es sei Alles bei frommen Wünschen geblieben. Das Lazareth arbeite jetzt mit einem Deficit. Es sei traurig, daß dies wohlthätige Institut, welches so großartig angelegt worden, immer mehr verkümmere. Da es mit Mitteln der Commune wirtschaftete, so müsse diese auch Theil an seiner Verwaltung haben. Die Angelegenheit sei nun noch einmal dem Herrn Minister der geistlichen Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten an's Herz gelegt worden. Bleibe der gehoffte Erfolg abermals aus, so sei der Magistrat fest entschlossen, den Rechtsweg in dieser Angelegenheit zu beschreiten. — Die Versammlung nimmt diese Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters mit Befriedigung auf. Hierauf ergreift Herr Viber das Wort, um zu fragen, was von Seiten des Magistrats auf Grund des von der Versammlung in der Sitzung am 30. Januar d. J. gefaßten Beschlusses in Betreff der neuen Schulferienordnung geschehen. Herr Stadtrath Ladewig habe erklärt, daß der Magistrat die damals bevorstehende Anwesenheit des Herrn Provinzial-Schulrathes Schraden an hiesigem Orte benutzen wolle, um einen entscheidenden Schritt in dieser Angelegenheit zu thun. Nun sei der Herr Provinzial-Schulrath bereits hieselbst anwesend gewesen. Er, Redner, stelle deshalb die Frage, wie gegenwärtig der Magistrat zu dieser Angelegenheit stehe, und ob er noch entschlossen sei, sie bis zur äußersten Consequenz zu verfolgen. — Der Herr Oberbürgermeister entgegnet, daß es dem Magistrat nicht möglich gewesen, in so kurzer Zeit ein Resultat zu gewinnen, mit welchem er vor die Versammlung treten könne. Die Erklärung des Herrn Stadtrath Ladewig könne doch wohl nur den Sinn gehabt haben, daß die Anwesenheit des Herrn Provinzial-Schulrath dem Magistrat die günstige Gelegenheit bieten werde, sich über die Gründe, welche für die neue Schulferienordnung maßgebend gewesen, zu informieren. Dies sei geschehen. Der Herr Provinzial-Schulrath gehe von der Anschauung aus, daß bei der jetzigen Ferienordnung eine zu große Unruhe und Zerstreuung in den Unterricht komme. Wie die Erfahrung lehre, seien die Schüler nach den großen Sommerferien in der Regel so zerstreut, daß einige Wochen vergehen müßten, ehe sie wieder zu der nöthigen Sammlung und der gehörigen Aufmerksamkeit gelangten. Kaum sei dies geschehen, so wären schon wieder die Herbstferien da. Dies sei der Grund, weshalb man diese mit den großen Sommerferien combiniren wolle. Bei den höheren Lehranstalten des Rheinlandes sei dies bereits geschehen und die katholischen Gymnasien unserer Provinz hätten dieselbe Ferienanordnung. Der Magistrat habe den, von dem Herrn Provinzial-Schulrath angeführten Gründen die Billigung nicht versagen können, er müsse sie anerkennen. Andererseits erkenne er aber auch die Gründe an, welche den von der Versammlung zum Beschluß erhobene Antrag in Betreff der Ferienordnung hervor-

gerufen. Denn unzweifelhaft sei es ein dringendes Bedürfnis, daß in den wärmeren Monaten die Schüler nicht zu sehr an die Räume der Stadt gefesselt würden, sondern daß ihnen Gelegenheit bleibe, sich im Freien zu bewegen. Unser Klima würde es erfordern, daß die vereinigten Sommer- und Herbstferien spätestens am 1. August ihren Anfang nehmen und so nur bis in die erste Hälfte des Monats Septbr. dauern. Bei dieser Einrichtung würde es sich dann empfehlen, in der heißen Sommerzeit den Nachmittagsunterricht ganz wegfällen zu lassen, wodurch die Schüler hinlänglich Zeit finden würden zu turnerischen Übungen, Baden und anderen körperlichen Bewegungen in der freien Natur. Die Erfahrung habe gelehrt, daß der Nachmittagsunterricht in den schwülen Klassenzimmern wegen der Abspannung, welche sich in der Regel der Schüler bemächtigt, wenig fruchtbringend sei. Im Falle, daß das Provinzial-Schul-Collegium sich mit dem bezeichneten Wegfall des Nachmittagsunterrichts einverstanden erklären sollte, würde für die Hauptferien eine Zeit von 5½ Wochen genehmigt werden. Die Versammlung ist durch diese Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters befriedigt. Es beginnt die Tagesordnung, indem der Herr Vorsitzende mittheilt, daß der Betriebsbericht der Gasanstalt pro Januar und auch eine Anzahl von Exemplaren der Broschüre: „Danzigs Communalbehörden und Communal-Institute“ eingegangen sei. Bei dem dritten Gegenstand der Tagesordnung: „Wahl des Ausschusses für Reform der Communal-Einkommensteuer“ beschließt die Versammlung, die Zahl der Mitglieder des Ausschusses auf 9 festzusetzen, die Wahl bis zur nächsten Sitzung zu vertagen, aber sofort Vorschläge für dieselbe zu machen. Es kommen demnach in Vorschlag die Herren Preßell, Klose, H. Behrend, Matzko, Stattemiller, Bischoff, Rickert, D. Steffens, Stoboy, Krüger, Schirmacher u. Güttnier. — Hierauf genehmigt die Versammlung eine Erweiterung des Credits für das Leihamt bei der Sparkasse, und bewilligt 5 Thlr. jährlichen Pachtzins für zwei Plätze in Altschottland, welche die Anlage des Viehmarkts daselbst erfordert.

Ueber ein von einem hiesigen Bürger an die Versammlung gerichtetes Gesuch behufs der Ermäßigung der Gewerbesteuer wird zur Tagesordnung übergegangen, indem der Vergleich nicht in den Kreis ihrer Beratungen gehört. Der folgende Gegenstand der Tagesordnung betrifft die Kosten für den Ausbau des ehemaligen Franziskanerklosters. Der Magistrat beantragt die Bewilligung der Summe von 13,000 Thlrn. zu der Einrichtung von Räumen für die hiesige Provinzial-Gewerbe-Schule in dem westlichen Flügel und die Wiederherstellung des zu Ende des vorigen Jahrhunderts eingerissenen Kreuzganges in demselben. Nach einer kurzen, aber interessanten Debatte erfolgt die Bewilligung. (Wir kommen auf diesen Gegenstand zurück). Zum Zwecke weiterer Vorarbeiten für die projectirte Be- und Entwässerung der Stadt beantragt der Magistrat die Bewilligung einer Summe von 3000 Thlrn. Der Herr Oberbürgermeister motivirt den Antrag in eingehender Weise. Als der Magistrat, sagt er, vor 2 Jahren an die Versammlung mit dem Antrag um die Bewilligung einer Geldsumme für die Vorarbeiten herangetreten, habe er keine Ahnung davon gehabt, wie hoch sich die Kosten belaufen würden. Es sei dies auch gar nicht möglich gewesen, doch es habe einmal, um einen Anfang zu gewinnen, eine Summe genannt werden müssen. Bei den bis jetzt stattgehabten Ausgaben haben wir uns auf das Nöthigste beschränkt, und die Erfahrung hat gelehrt, daß der Weg, welchen wir zur Erreichung unseres Zieles eingeschlagen, der richtige gewesen. Ein Blick auf andere Städte, die gleiche Versuche gemacht, bestätigt das. Es hätte zur Zeit dasselbe Project wie wir; aber hat, indem es nicht den Weg gründlicher Vorarbeiten beschritten, große Verluste erlitten. Das über unser Project ausgearbeitete Werk des Herrn Geh. Bauath Wiebe legt dasselbe so klar und deutlich vor die Augen, daß Jedermann im Stande ist, daraus sein Urtheil zu bilden. Es mußte deshalb der Wunsch entstehen, dasselbe im Druck erscheinen zu lassen, um es Ihnen allen zugänglich zu machen. Die Erfüllung dieses Wunsches schien denn auch nicht im Bereich der Unmöglichkeit zu liegen. Denn man durfte erwarten, daß ein Verleger gerne den Druck übernehmen würde, sobald man ihm die Abnahme einer bestimmten Anzahl von Exemplaren zusicherte. Die Verlags-handlung von Ernst und Korn in Berlin hat nun ohne eine solche Zusicherung den Druck und die Herausgabe mit bedeutenden Kosten übernommen und sich sogar noch verpflichtet, uns 50 Frei-Exemplare mit allen dazu gehörigen Kupfern zu liefern. Wir dürfen auch in diesem Umstand ein gutes Zeichen für unsere An-

gelegenheit erkennen. — Hierauf ergreift Herr J. C. Krüger das Wort. Vor 2 Jahren, sagt er, habe ich gegen die Gelbbewilligung für die Vorarbeiten geschwiegen, weil das Nothwendige und Nützliche der projectirten Wasserleitung auf der Hand lag. 3000 Thlr., die jetzt als Nachbewilligung verlangt werden, sind auch gar nicht zu viel. Vor 2 Jahren war aber die Lage der Sache eine ganz andere. Da hatten wir noch die Ueberzeugung, daß unsere Stadt auf das Wasser der Radaune ein unbestrittenes und unverkürztes Recht habe. Jetzt sehen wir aber, daß die Anwohner der Radaune außerhalb unserer Stadt einen Anspruch auf dieses Recht erheben. Herr Geh. Rath Höne beriefelt seit 6 bis 7 Monaten 300 Morgen seiner Besitzung mit dem Wasser der Radaune vermittels eines angelegten Stauwerkes. Was Herr Geh. Rath Höne thut, kann jeder andere Anwohner der Radaune thun, und dann werden wir aus derselben kein Wasser zur Wasserleitung haben. Das Project kann also unter diesen Umständen in sich zerfallen, und alle Vorarbeiten können vergebens sein; aber nicht allein dies: die Mühlen unserer Stadt, welche eine Viertel Million repräsentiren, sind auch bedroht, in einen Zustand des gänzlichen Wassermangels zu gerathen und still zu stehen. Es würde deshalb von Wichtigkeit sein, in unserm Stadt-Archiv nachzuforschen, ob nicht irgend ein Document unseres positiven Rechtes auf das Radaunenwasser aufzufinden sein möchte. Indessen besteht aber auch ein Gesetz, nach welchem kein Stauwerk in einem Flusse angelegt werden darf, wenn diejenigen, welche unterhalb wohnen, dadurch beeinträchtigt werden. Ich bringe den nachfolgenden Antrag ein, um durch denselben meine Abstimmung zu motiviren. Der Antrag lautet: „Der Magistrat zu ersuchen, die geeigneten Schritte zu thun, die dahin führen, der Stadt das bisher gehabte unverkürzte Recht der fernerweitigen ungehinderten Benutzung des vollen Radaunenwassers zu wahren und erforderlichen Falls gegen Herrn Geh. Rath Höne, der durch ein Stauwerk, welches er ohne Genehmigung des Magistrats in der Radaune bereits errichtet und hierdurch unser Recht in Frage gestellt, den Weg des Processes zu betreten.“ Hr. Pievin hält es für angemessen, Herrn J. C. Krüger zu ersuchen, den Antrag zurückzunehmen, weil derselbe mit dem Magistratsantrag in gar keinem Zusammenhang stehe. Hr. J. C. Krüger habe übrigens ja auch selber erklärt, daß er seinen Antrag nur deshalb gestellt, um seine Abstimmung zu motiviren. Ein solches Motiv habe keine Berechtigung. Der Herr Oberbürgermeister ist nicht der Meinung, daß Herr J. C. Krüger's Antrag mit dem Magistratsantrag in einem durchaus losen Zusammenhang stehe. Herr J. C. Krüger wolle nämlich seinen Antrag an die Grundbedingung knüpfen, daß das nöthige Wasser für die Ausführung des Projectes vorhanden sei. Herr H. Behrend stimmt hierin dem Herrn Oberbürgermeister nicht bei. Es sei, sagt er, zwischen dem Magistratsantrag und dem Krüger'schen nicht der geringste Zusammenhang zu entdecken; derselbe sei als ein durchaus für sich selbstständiger zu betrachten. Als solcher hätte er aber, wenn er zur Diskussion gelangen sollte, vor der Tagesordnung als ein dringender angemeldet werden müssen. Man möge ihn zurückweisen. §. 28 der Geschäftsordnung sei in dieser Beziehung entscheidend, und er, Redner, verweise auf denselben. — Hr. Breitenbach erklärt, daß der Krüger'sche Antrag mit dem Magistratsantrag unlösbar einen innern Zusammenhang habe. Der Krüger'sche Antrag habe die Bewilligung der 3000 Thlr. in Frage gestellt. Herr Krüger wolle nämlich erst über die wichtigste Grundbedingung der Herstellung einer Wasserleitung gehörig unterrichtet sein, ehe er sich entschlösse, für fernere Vorarbeiten Gelder zu bewilligen. Er, Redner, würde den Antrag desselben, falls derselbe fallen sollte, in der Form eines Vertagungsantrags aufnehmen. Herr H. Behrend erklärte sich nochmals mit der größten Entschiedenheit gegen den Krüger'schen Antrag. Sei derselbe, sagte der Herr Redner, in der Form eines Amendements eingebracht, dann würde er vielleicht Berücksichtigung finden können, aber in seiner vorhandenen Fassung widerstreite er der Geschäftsordnung, die nicht verletzt werden dürfe. Der § 28 derselben lasse es nicht zu, daß er diskutiert werde. Herr J. C. Krüger entgegnet, daß er den § 28 der Geschäftsordnung nicht so deuten könne, wie der Herr Vorredner. Denn dieser Antrag habe seine Basis in einem Factum, welches für die Diskussion über die betreffende Angelegenheit von der höchsten Wichtigkeit sei. — Wahrscheinlich würde sich Niemand in der ganzen Versammlung erdreisten, in Abrede zu stellen, daß materielle Bedingungen für die

Ausführung des Wasserleitungsprojectes übersehen werden dürften. Der Vorsitzende Herr Damme hält den Krüger'schen Antrag für einen in sich berechtigten. (Schluß folgt.)

In der gestrigen geheimen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung ist beschlossen worden, den Kaufleuten Amort und Mische in der Langgasse für den Abbruch ihrer Vorgebäude, der noch in diesem Jahre zu bewerkstelligen ist, eine namhafte Entschädigung zu bewilligen.

Die Segelsregatten „Thetis“ und „Gefion“ sollen künftig als Artillerie-Übungsschiffe verwendet werden und zwar erstere (gleichzeitig als Wachtschiff) für den Kriegshafen an der Jähde, letztere für die hiesige Station.

[Theatralisches.] Das neue Brachvogel'sche Stück, welches in der nächsten Woche in dem hiesigen Stadt-Theater zur Aufführung kommt, führt den Titel: Prinz von Montpensier. Die Zeit der Handlung fällt in die Jahre 1651 u. 52.

Am vorigen Montag hielt Herr Dr. Paubert einen Vortrag über den nordamerikanischen Krieg. Der Vortrag fand durch seine Gelegenheit eine sehr beifällige Aufnahme.

Gestern Abend hielt Herr Consistorialrath Weiß aus Königsberg zum Besten des evangelischen Johannesstiftes im Gewerbehause eine Vorlesung über das gute Recht des Fortschritts. Redner erinnerte zunächst an seine ebendasselbst vor zwei Jahren über die Reifezeit der Zeit, betreffend den Rationalismus und Pantheismus, gehaltenen Vortrag, und wie damals Mancher ihm den Vorwurf gemacht, daß er sie zu schwarz gesehen. Wenngleich er heute die Lichtseite unserer Zustände vom christlichen Standpunkte betrachtet zum Gegenstande seines Vortrages mache, so hätten sich seine damals entwickelten Ansichten über die Reifezeit, um nichts geändert. Der Fortschritt im Christenthum sei verschieden von dem, welchen eine politische Partei auf ihre Fahne geschrieben, denn das sei eigentlich kein Fortschritt, sondern eine Opposition gegen alles Bestehende, ebenförmig die Erfindungen im Gebiete der Chemie, Medicin und der Expansion der Wasserdämpfe. Diese Naturkräfte seien schon vor Jahrhunderten bekannt gewesen und nur mehr oder weniger ausgebeutet, und wir gleichen bei Nüchternung solcher Fortschritte dem Phariseer, indem wir sagen: „Herr ich danke Dir, daß ich nicht so dumm bin, wie meine Vorfahren waren!“ Der Fortschritt im Christenthum, meinte der Redner, sei anderer Natur, er mache sich bemerklich durch das unermüdete Wirken der Missionäre und christlichen Vereine und durch das unausgesetzte Kämpfen mit den Feinden Christi. Wenn sich auch mancher Sempel in den weitläufigen Maschinen der von den Irreligiösen Renan, Strauß und Schenkel ausgeworfenen Netze fangen lasse, und die Kirchen weniger Besucher aufzuweisen hätten, so stehe dieser Abfall vom Christenthume in keinem Verhältnisse zu dem Wachsen im Glauben und rufen solche Widersacher gegen die heilige Sache nur um so stärkere Kämpfer für dieselbe auf. Da habe der dänische Krieg reiche Zeugnisse für seine Behauptung aufzuweisen. Die Zahl der sich zum Tische des Herrn drängenden Soldaten habe die Kräfte der Feldgeistlichen fast überstiegen, die Opferwilligkeit für die kämpfenden Brüder sei groß gewesen, vor Allem aber habe die Thätigkeit der christlichen Vereine aller Länder in der Krankenpflege sich kund gegeben. Da seien Diakonissen, Brüder des rauhen Hauses, barmherzige Schwestern und Johanniter freiwillig auf dem Kampfsplatze zu Hunderten erschienen und hätten ihre Liebeswerke an Feind und Freund ohne Unterschied der Nationalität und Confession ausgeübt. Das schönste Zeugnis aber sei das Begräbniß der den Anstrengungen in der Krankenpflege erlegenen kaiserswerther Diakonissen-Schwester Elise gewesen, welche am 17. Mai v. J. ihre Ruhestätte zwischen den Gräbern der gefallenen Krieger bei Sadersleben erhalten und bei welchem jeder Unterschied im Leben von Feind und Freund vergessen war. Solche Werke in der christlichen Liebe aber berechnen zu der Hoffnung, daß die Verheißungen des neuen Testaments immer mehr in Erfüllung gingen.

Morgen wird Herr Apotheker Helm im Gewerbe-Verein einen Vortrag über Bairisch-Bier halten. Es ist dies gewiß für Viele ein sehr interessantes Thema.

Ein Grenadier der hiesigen Garnison ist aus dem Militärdienste entlassen und nach Brandenburg transportirt worden, weil sich ermittelt hat, daß derselbe vor dem Eintritt in der Thorer Gegend einen Raub verübt habe.

[Feuer.] Eine schadhast gewordene Feuerungsanlage im Schuldgefängnisse des hiesigen Criminal-

gerichtsgebäudes in der Schießstange veranlaßte heute Vormittag den Ausbruch eines Feuers, was leicht hätte erheblich werden können, wenn es nicht noch zeitig genug entdeckt und im Keime gelöscht worden wäre. Der Brand hatte bereits die Balkenlage und Verschalung einer Zimmerdecke ergriffen, diese zerstört und sich nach dem Dachstuhl verbreitet, als ihm durch das schnelle Einschreiten der Gefängnißbeamten und einiger Criminalgefangenen so lange Grenzen gesetzt wurden, bis die herbeigerufene Feuerwehr die Gefahr unter Anwendung einer Spritze und innerhalb einer Stunde vollständig beseitigte.

Wie der „Danz. Ztg.“ mitgeteilt wird, haben 7 Hofbesitzer in Gütland, die Hrn. Halbe, E. Wannon, Matzahn, Ortman, C. Haafelau, Bulke und H. Wannon, auf die Aufforderung des dortigen Schulzen-Amtes vom 15. d. Mts., die neue Gebäude- und Grundsteuer zu bezahlen, erwidert, daß sie bereit wären, diese Steuern zu zahlen, sobald das Staatshaushalts-Gesetz pro 1865 verfassungsmäßig zu Stande gekommen wäre. Sie führen aus, daß wenn auch Artikel 109 der Verfassung die Bedeutung hätte, welche ihm die Staats-Regierung beilege (nämlich daß die bereits bestehenden Steuern forterhoben werden dürfen, auch wenn kein Budgetgesetz zu Stande kommt), diese neuen Steuern als „fortzuerhebende“ nicht betrachtet werden können. In Folge dieser Weigerung sind denselben vorgestern verschiedene werthvolle Gegenstände zum öffentlichen Verkaufe abgepfändet worden.

Das Eis, womit die hiesige Bucht während der letzten Wochen bedeckt war, ist in der letzten Nacht mit S.W.-Wind von der Ostmole bis gegen Zoppot abgetrieben, und jetzt, soweit das Auge reicht, offen Wasser.

Thorn, 20. Febr. Unser berühmter Mitbürger Bogumil Goltz ist am 18. von Stettin hier eingetroffen, befindet sich aber leidend; die Grippe, an der er dort erkrankt war, ist zwar gehoben, aber seine Nerven sind sehr angegriffen und verstimmt, er wird hier in Ruhe den Eintritt der Frühlingswitterung abwarten, deren erfrischende Kraft hoffentlich auch diesmal ihm die frühere Gesundheit wieder geben wird.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Messerstiche.] Die Messerstiche sind in hiesiger Stadt und Umgegend noch immer an der Tagesordnung und werden auch wohl sobald nicht bei uns in's Gabelbuch geschrieben werden. Denn die moralische Bildung in den niederen Ständen des Volkes ist noch zu weit zurück. Vor einiger Zeit wanderte der Bernsteingraber Wiesner auf dem Wege von Stutthoff harmlos nach seinem Heimathsdorfe Heubude. Plötzlich wurde er überfallen und erhielt drei Messerstiche. Er dachte sogleich, daß hierbei eine alte oder junge Rache im Spiel sein würde. Indem er sich von seinem Schreck ermannte, sah er einen alten Bekannten, der ein blankes Infanterie-Messers in seinen Händen trug, davon laufen. Es war dies der Arbeiter Ferd. Timpf. Dieser wurde später als der Thäter ermittelt und von dem hiesigen Criminal-Gericht wegen Körperverletzung zu einer Gefängnißstrafe von 4 Wochen verurtheilt.

Posen, 18. Febr. Der König von Württemberg ist der von hier aus an ihn gerichteten Bitte, die Verfolgung des Redakteurs der „Dzt. Ztg.“ Dr. Waldstein wegen angeblicher Beleidigung seiner Person durch einen Zeitungsartikel, der die Ueberschrift führte: „Die Krönung des Königs von Württemberg“, zu genehmigen, nicht angenommen. Bekanntlich hatte das hiesige Kreisgericht, Abtheilung für Kriminalsachen, die Beschlagnahme der betreffenden Nummer aufgehoben und die Verfolgung des Dr. Waldstein abgelehnt, der Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichts jedoch jene aufrecht erhalten und die Verfolgung des Dr. Waldstein wegen angeblicher Beleidigung des Königs von Württemberg vorbehaltlich eines Antrags Seitens des Regierens angeordnet. Dieser Antrag wurde nicht abgewartet, sondern von hier aus die erwähnte Bitte an den König von Württemberg gerichtet. Da durch die Weigerung des Königs die Verfolgung des Dr. Waldstein aus dem angeführten Grunde unmöglich geworden ist, so ist jetzt gegen ihn aus demselben Artikel wegen angeblicher Beleidigung des Königs Wilhelm von Preußen Anklage erhoben.

Meteorologische Beobachtungen.

21	4	334.66	—	0.9	SW. z. S. fr. m. Schneebüh.
22	8	337.88	—	1.7	NW. mäßig, Himmel bew.
	12	338.83	—	0.6	do. frisch, do.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 22. Februar.

Weizen, 110 Last, 133 pfd. fl. 420, 427½; 131. 32 pfd. fl. 420; 129 pfd. fl. 380, 390; 128 pfd. fl. 375; 125 pfd. fl. 345, 360; 123 pfd. fl. 340, Alles pr. 85 pfd. Roggen, 126 pfd. fl. 223½; 128 pfd. fl. 229½ pr. 81½ pfd. Kleine Gerste, 110 pfd. fl. 186. Weiße Erbsen fl. 285; grüne Erbsen fl. 276, 282 pr. 90 pfd.

Angekommene Fremde.

Hotel de Berlin:

Die Kauf. Wolffheim u. Brauer a. Stettin und Schwarzbach a. Hamburg.

Walter's Hotel:

Rittergutsbes. Frbr. v. Canstein n. Gattin a. Ober-Mahltau. Lieut. Gasse a. Breslau. Die Kauf. Penner u. Wichert a. Königsberg, Mertens a. Eisenburg und Thönmann a. Berlin. Pract. Arzt. Dr. Neufeld aus Breslau. Detonem Borzewski a. Ostaszewo. Frau Baumeister Volkman a. Neustadt.

Hotel zum Kronprinzen:

Gutsbes. Hannemann a. Altfelde. Schiffskapitain Pahlow a. Colberg. Die Kauf. Keller a. Ludwigsburg, Bergmann u. Sohn a. Berlin, Kau a. Frankfurt a. O., Weinstock a. München u. Beyer a. Chemnitz.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Die Kauf. Neumann a. Königsberg und Burchardt a. Leipzig.

Hotel d'Oliva.

Gutsbes. Kleinichmidt a. Friedrichsmühl. Rentier Müller a. Berlin. Die Kauf. Stein a. Berlin, Eisenberg a. Chemnitz u. Bornig a. Gelnitz. Cand. Schwabe a. Raddau. Inspektor Hermann a. Gifflischen.

Hotel de Thörn:

Reg.-Rath v. Steinhörs a. Berlin. Rittergutsbes. v. Falkenberg a. Bromberg. Schiffskapitain Schüg aus Memel. Die Kauf. Obrecht a. Leipzig, Gutjahr aus Pillau, Frölich a. Wismar u. Schäfer a. Offenbach. Fabrikbes. Rasser a. Stettin. Inspektor Jost a. Varendt. Zeug-Beauf. Müller a. Breslau.

Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, den 23. Febr. (Abonnement suspendu.)

Benefiz des Herrn Enslin. Die Zauberflöte. Große Oper in 3 Akten von Mozart.

Freitag, den 24. Februar. (Abonnement suspendu.)

Benefiz und vorletzte Gastrolle des Herzogl. Hofchauspieler Herrn Friedrich Debrient. Marzisch. Schauspiel in 5 Akten v. Brachvogel.

Nachdem die vorbereitenden Schritte für unser Unternehmen mit gutem Erfolge gethan sind, können wir am **1. Mai d. J. den ersten Kindergarten** eröffnen.

Da die Kindergärten zur Aufnahme der Kinder von 3—7 Jahren, ein Alter, in dem es besonders schwer und doch dringend nöthig ist, sie auf genügende Weise zu beschäftigen, bestimmt, und die Spiele in demselben so geordnet sind, daß den Kleinen dadurch nicht nur eine anregende Beschäftigung geboten, sondern auch der Thätigkeitstrieb in ihnen richtig geleitet, die Beobachtungsgabe geschärft, ihre Gesundheit gestärkt und gefördert wird, so dürfen wir wohl hoffen, daß auch bei uns der Nutzen der Kindergärten sich bald bewähren wird.

Wir ersuchen daher die geehrten Eltern, die ihre Kinder unserem Institute anvertrauen wollen, die erforderlichen Meldungen bei Frau Commerzienrathin Bischoff, Brodbäckergasse 39, Frau Vaurathin Licht, Lastadie 4, Frau Kaufmann Lindenber, Zopengasse 66 u. Herrn Dr. Kirchner, Heil. Geistgasse 25, Dienstags und Freitags von 4—6 Uhr Nachmittags, zu machen.

Das monatliche Honorar beträgt für 1 Kind 1 *Thl.*, für 2 Kinder aus einer Familie 1 *Thl.* 20 *Sgr.*, für 3 Kinder 2 *Thl.* — Der Kindergarten ist von 9—1 Uhr Vormittags geöffnet.

Der Vorstand des Vereins zur Errichtung von Kindergärten.

Pauline Bischoff,	geb. Hencke.	Flora Moritzsohn,	geb. Moritzsohn.
Ulrike Domansky.		Marie Olschewski,	geb. Hendewerk.
Franziska Goldschmidt,	geb. Abraham.	Marie Quit,	geb. Monglowska.
Emilie Kirchner,	geb. Wendt.	Jda Rasche,	geb. v. Valtier.
Rosa Licht,	geb. Lessmann.	Rosa Schahnasjan,	geb. Seidler.
Marie Lickfett,	geb. Schönbeck.	Elise Schirmacher,	geb. Dohms.
Blanca Lindenber,	geb. Berendts.	Agnes Schottler,	geb. Leinhaas.

A. Kirchner.

Soeben empfangen in neuester Auflage und ist bei dem Unterzeichneten zu haben:

Die Päpstliche Encyclica

vom 8. December 1864 und das Verzeichniß der 80 von dem heiligen Stuhle verurtheilten Irrthümer der Neuzeit. 3te mit Zusätzen vermehrte Auflage.

Regensburg. Preis 4 *Sgr.*

L. G. Homann in Danzig,
Kunst- und Buchhandlung, Zopengasse 19.

Hierdurch erkläre ich, daß die Denunciation gegen Herrn Dauscher wegen Wuchers nicht von mir, sondern von einer ihm nahe stehenden Person ausgegangen ist. **E. Grassmann.**